

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 12 40
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Staatssekretariat für Wirtschaft

ds@seco.admin.ch

13. Mai 2026

Standortförderung in den Jahren 2028–2031 (Botschaft Standortförderung 2028–2031); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Februar 2026 wurde der Regierungsrat des Kantons Aargau zur Vernehmlassung der Botschaft zur Standortförderung eingeladen. Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Kanton Aargau unterstützt die Zielsetzungen der Standortförderung des Bundes, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und die Regionen zu stärken.

Der Regierungsrat begrüsst die Digitalisierung von Behördenleistungen/E-Government für Unternehmen und die entsprechende Schwerpunktsetzung, da effiziente digitale Prozesse die Standortattraktivität und Produktivität der Unternehmen verbessern können (insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen [KMU]).

Der Regierungsrat versteht die Exportförderung und Standortpromotion als wichtige Bausteine zur Positionierung des Wirtschaftsstandorts Schweiz im Ausland, was die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmen in der Schweiz sowie die Erschliessung von internationalen Märkten für Schweizer Unternehmen unterstützt.

Die Stärkung der Regionen ist durch die bewährten Instrumente der Regional- und Tourismuspolitik fortzusetzen, welche einen Beitrag zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit leisten. Die Neue Regionalpolitik (NRP) ist als gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen und als strukturpolitisches Förderinstrument des Bundes eine Erfolgsgeschichte. Zudem ermöglicht sie die Beteiligung für Grenzregionen an Interreg.

Der Regierungsrat beurteilt den mittelfristigen Ausstieg des Bundes aus der NRP darum kritisch. Er stellt folgende Anträge dazu und zu weiteren Punkten der Botschaft Standortförderung 2028–2031:

a) Regionalpolitik

Die Nordwestschweizer Kantone haben sich bereits im Rahmen des Entlastungspakets 2027 in einem Positionsbezug für den Erhalt der Bundesfinanzierung an NRP und Interreg ausgesprochen. Der Kanton Aargau begrüsst daher den Entscheid der Eidgenössischen Räte, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderung bei der Regionalpolitik (Massnahme 2.33/54) abzulehnen. Da-

mit kann insbesondere der grenzüberschreitende Teil der NRP im Rahmen des europäischen Förderprogramms Interreg VII (2028–2034) im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Für den Kanton Aargau ist befristet eine Verringerung der jährlichen Einlagen für den aktuell hinreichend dotierten Fonds für Regionalentwicklung vertretbar, allerdings nur unter der Prämisse, dass der Erhalt des Fonds in der Substanz nicht gefährdet wird. Zudem betont der Kanton Aargau die Notwendigkeit, dass die Bundesbeteiligung an Interreg und damit die NRP auch mittel- und langfristig sichergestellt bleiben muss.

Deshalb lehnt der Kanton Aargau den in der Übersicht und unter Kapitel 4 im erläuternden Bericht erwähnten Ausstieg des Bundes aus der Regionalpolitik ab. Die wirtschaftsorientierte Regionalentwicklung inklusive der grenzüberschreitenden Dimension über Interreg soll auch weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben.

Antrag: Beibehaltung Regionalpolitik als Verbundaufgabe.

b) KMU-Politik

Die Botschaft fokussiert in ihrer Zielsetzung stark auf die KMU-geprägte Volkswirtschaft und die Bedürfnisse der KMU. Die KMU sind ein zentraler Teil unserer Wirtschaft. Der Kanton Aargau weist darauf hin, dass die Standortentwicklung aber auch von der Ansiedlung und Entwicklung wertschöpfungsstarker grosser Unternehmen sowie deren Ökosystemen (Zulieferer, Forschung, Talente) abhängt. Der Kanton verfolgt hierzu eine aktive Standortvermarktung und spielt seine Vorzüge als Industriestandort aus, um auch für innovative Produktion mit hoher Wertschöpfung und spezialisierten Arbeitsplätzen attraktiv zu sein. Die Botschaft sollte um eine explizite Perspektive ergänzt werden, wie die Standortförderung im Zusammenspiel mit Kantonen wertschöpfungsintensive Wachstumsunternehmen sowie grosse Unternehmen adressiert. Dies ergänzend und nicht zulasten der KMU-Perspektive.

Antrag: Perspektive der wachsenden, wertschöpfungsintensiven und grossen Unternehmen ergänzen (unter Beibehaltung des KMU-Fokus).

c) Innovationsförderung

In der Botschaft wird der rege und intensive Austausch zwischen verschiedenen Bundesstellen hervorgehoben, auch bezüglich Innovation. Die Innovationsförderung ist im Kanton Aargau ein wichtiger Pfeiler der Standortförderung und sie hat eine grosse Bedeutung für die Standortattraktivität. Aus Sicht des Regierungsrats ist es wichtig, für die ganze Schweiz eine gemeinsame strategische Entwicklung von Innovations- und Standortförderung zu gewährleisten. Die Botschaft soll die Schnittstellen und Koordination von innovationspolitischen Zuständigkeiten auf Bundesebene explizit darstellen (gemeinsame Zielbilder, Abstimmung der Instrumente), um Brüche zwischen Standortförderung und Innovationsförderung zu vermeiden.

Antrag: Ergänzung der Botschaft zu Schnittstellen und Koordination von Innovations- und Standortförderung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin